

Ich habe nachgerechnet: In den letzten fünf Jahren haben wir 23 Milliarden € allein für Zinsen ausgegeben. Das ist in etwa auch der Betrag der Neuverschuldung. Da muss man doch nachdenklich werden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Hoffentlich werden Sie das!)

Allein in den Jahren 1995 bis 2005, in denen wir nicht nur „wegbrechende“ Steuereinnahmen hatten – die tatsächlichen Steuereinnahmen lagen also unter den Prognosen –, sind für mehr als 50 Milliarden € die Hände in diesem Parlament in die Höhe gegangen und haben diese Schulden genehmigt.

Im Übrigen sage ich Ihnen, Herr Kollege Sagel, wenn Sie immer den Mund so weit aufmachen: Auch Sie persönlich haben diesen mehr als 50 Milliarden € in diesem Haus zugestimmt.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Aber der FDP und mir geht es wirklich darum, dass wir einmal dieses Stadium der reflexartigen Bisse überwinden. Wir haben gemeinsam die Verantwortung – und zwar alle miteinander –, endlich einen Ausweg aus dieser Schuldenmisere zu finden.

Insofern würde ich mir sehr wünschen, dass wir den Gesetzentwurf der Kollegen der CDU zu einem ernsthaften Ringen um die beste Lösung für das Land und die nachfolgenden Generationen nutzen. Vielleicht bekommen wir es ja tatsächlich hin, hier im Haus eine große, auch verfassungsändernde Mehrheit zu bekommen. Eine Regelung, die für unser Land und die Menschen passt, die wieder Gestaltungsoptionen eröffnet, unterlegt mit politischem Handeln – das wäre mein persönlicher Wunsch für das Jahr 2011. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf einen Widerspruch bei der CDU hinweisen: Die CDU hat hier im September einen Antrag eingebracht, in dem steht, dass alle demografischen Gewinne für die Haushaltskonsolidierung verwendet werden sollen. Demografische Gewinne entstehen zum Beispiel im Schulhaushalt durch zurückgehende Schülerzahlen.

Gleichzeitig hat die CDU einen Schulantrag vorgelegt, der viele Versprechungen enthält. Wenn man das einmal grob aufsummiert, macht das etwa 22.500 Stellen, die eingerichtet und geschaffen werden müssen,

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

um diese Versprechungen der CDU zu erfüllen. – Ich bin gespannt, wie Sie diesen Widerspruch im Laufe der Debatte auflösen, und sage nur das zum Thema „Glaubwürdigkeit“. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Wir sind damit Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/1068 – Neudruck** – an den **Haupt- und Medienausschuss** – federführend –, an den **Haushalts- und Finanzausschuss**, an den **Rechtsausschuss** sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer der Überweisung seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer möchte dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Ich rufe auf:

2 Angebot ohne Akzeptanz: Rückkehr zu G9 wird von den Gymnasien nahezu vollständig abgelehnt – Schwächung des gymnasialen Bildungsgangs verhindern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1067

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1147

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort der Frau Abgeordneten Pieper-von Heiden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Sylvias Versuchsküche brodelt es, und das aufgetischte Gericht ist versalzen. 98 % der Gymnasien lehnen den Modellversuch zur Schulzeitverlängerung ab; noch deutlicher kann ein Misstrauensvotum wohl kaum ausfallen.

(Beifall von der FDP)

Weit über 600 Gymnasien haben erkannt, dass dieser Weg in die Sackgasse führt. Nur 13 Gymnasien wollen zu G9 zurück. SPD und Grüne sind Opfer ihrer eigenen jahrelangen Propaganda geworden.

(Ralf Witzel [FDP]: 98 % können nicht irren! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, sehen Sie es ein: Ihr Modellversuch liegt daneben. Er führt zur Zersplitterung des gymnasialen Bildungsgangs. Es entstehen Gymnasien mit zwei Geschwindigkeiten und damit auch Gymnasien erster und zweiter Klasse. Und es ist unredlich zu behaupten, dass diese Feststellung eine Herabwürdigung der Leistungen der Schüler an Berufskollegs oder Gesamtschulen darstellt.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Hier wird durch Rot-Grün ein Keil in einen absolut identischen gymnasialen Bildungsgang getrieben.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Ralf Witzel [FDP]: Das ist auch pure grüne Absicht: Spalten statt Versöhnen!)

Die Zersplitterung der Gymnasien und des gymnasialen Bildungsgangs führt selbstverständlich auch dazu, dass diese Gymnasien leichter in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden können. Das bedeutet mittelfristig einen massiven Qualitätsverlust.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Ralf Witzel [FDP]: Die betroffenen Schüler tun mir leid!)

Da können Sie nicht sagen: Die Schulen haben sich freiwillig entschieden, lasst sie doch machen. – Nein, wir haben eine Verantwortung für diese Schulen. Die Beteiligung an diesem Modellversuch benachteiligt die betroffenen Schüler, die Lehrer und die Gymnasien selbst. Schüler werden massive Probleme bei einem Wohnortwechsel haben. Es sind ja nur 13 Bewerbungen. Wo ist denn da das G9-Gymnasium in der Nähe? An den Schulen werden enorme Ressourcen für die Organisation gebunden werden. Kein Schulbuchverlag wird für so wenige Schulen neue Schulbücher bereitstellen. Passende Lehrpläne stehen nicht zur Verfügung. Und es wird sich zeigen, ob die Gymnasien in Lohmar, Neunkirchen-Seelscheid und Dorsten überhaupt die nötigen Schüler für die vorgeschriebene Zügigkeit der parallelen Angebote erhalten.

Also, meine Damen und Herren, dieser Schulversuch dient ausschließlich der Gesichtswahrung von Rot-Grün – und Ihr Entschließungsantrag auch. Was wollen Sie denn noch erproben? Wir wissen seit Jahrzehnten, wie Schüler im G9 lernen. Das ist doch Blödsinn.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Verzichten Sie auf diesen sinnlosen Modellversuch, der Schülern und Lehrern nicht hilft, aber den gymnasialen Bildungsgang beschädigt. Konzentrieren wir uns doch gemeinsam darauf, die Gymnasien im G8-Bildungsgang zu stärken – das erkennen Sie jetzt ja auch – durch mehr Ganztagsangebote mit mehr individueller Förderung, durch fachliche Aufgabenbetreuung in der Schule, durch die weitere Verschlankung der Lehrpläne und durch eine bessere Lehrerstellenausstattung. – Das ist der Weg,

um die Schulzeitverkürzung weiter zu optimieren; das wissen auch die Gymnasien in diesem Land.

Das, was Sie hier als Entschließungsantrag präsentieren, ist der Versuch, davon abzulenken, dass das eine Bauchlandung war. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Ratajczak das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Marc Ratajczak (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, G8/G9 – immer mal wieder, eigentlich ständig ein Thema bei uns. Aus unserer Sicht hat die FDP schon den richtigen Antrag gestellt.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Wir haben auch die Vermutung, dass durch eben diese Art und Weise Rot-Grün – man muss wegen des gemeinsamen Entschließungsantrags ja schon sagen: Rot-Rot-Grün – das Gymnasium weiter schwächen will.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Wenn ich so überlege: Die Panikmache im Vorfeld, die ständigen Debatten im Wahlkampf usw. – nichts davon ist geblieben. Frau Pieper-von Heiden sagte es schon: 13 von 630 Gymnasien haben sich jetzt erst einmal dazu entschieden.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Im Entschließungsantrag sagen Sie selber. Es sind nicht alle von G8 begeistert. – Das ist sicher richtig. Am Anfang gab es – dazu komme ich gleich noch – ein paar Kinderkrankheiten. Aber bei jeder maßgeblichen Reform knirscht es eben ein bisschen im Getriebe, wenn etwas neu eingeführt wird.

An dieser Stelle, Frau Löhrmann, zitiere ich immer gerne Ihre Vorgängerin aus der 111. Plenarsitzung in 2004. Wir hatten gerade das Thema „Karneval“, Frau Beer. Mit Erlaubnis der Präsidentin darf ich Frau Schäfer als damalige Schulministerin zitieren:

„Jetzt zum Thema ‚Abitur nach zwölf Jahren‘: Uns geht es in dem Zusammenhang ganz eindeutig vor allem um den verantwortlichen Umgang mit der Lebenszeit unserer Kinder und Jugendlichen. Das ist unser Bezugspunkt und Anliegen.“

(Beifall von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: So war das mal!)

– Ja, so war das mal. Da kann man mal sehen, wie schnell sich mancher Wind dreht. Damals waren Sie

noch für den verantwortungsvollen Umgang mit der Lebenszeit unserer Schülerinnen und Schüler, und heute ist das alles „Pfui bah!“. Sie möchten es am liebsten ungeschehen machen. Nein, aus unserer Sicht – Frau Pieper-von Heiden hat es eben auch schon gesagt; ich kann es nur unterstreichen – ist das ein wirklich sinnfreier Schulversuch.

(Beifall von der FDP)

Wir haben sechs Jahrzehnte, 60 Jahre, gute Erfahrungen mit G9 gemacht, sodass man dort überhaupt keinen neuen Erkenntnisgewinn erzielen kann. Man fragt sich schon, wozu dieser Modellversuch überhaupt notwendig ist. Wir müssen neue Lehrpläne machen. Ich gehe fest davon aus, dass die alten G9-Lehrpläne sicher nicht mehr dafür taugen. Wir müssen Räume doppelt vorhalten. Wir haben gerade in den Gymnasien jetzt schon das Problem des Raummangels, das sich weiter verschärfen wird, vieles andere auch. Auf der anderen Seite werden die Gymnasien wissen, was sie tun; sonst hätten sie es sicherlich nicht beantragt.

(Gunhild Böth [LINKE]: Aha!)

Frau Böth, die Frage ist doch: Was kommt am Ende dabei heraus, wenn der Modellversuch abgeschlossen ist? Heißt es dann: „Mensch, das ist so gut angekommen, wir führen wieder G9 ein und verlassen G8“? Wenn es nur dazu kommen soll, das freiwillig anzubieten, hätten Sie keinen großen Modellversuch machen müssen. Das hätten Sie jetzt schon sagen können. Das macht also alles keinen Sinn. In der ganzen Geschichte gibt es überhaupt keinen roten Faden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Worüber reden wir letztendlich? Die einzigen Unterschiede zwischen G8 und G9 sind das eine verkürzte Jahr, das erhöhte Stundenvolumen und eine zusätzliche zweite Fremdsprache ab Klasse 6 – mehr nicht.

(Gunhild Böth [LINKE]: Aber das ist eine Menge!)

Dazu bedarf keines Modellversuchs. Wo sollen substanzielle neue Erkenntnisse herkommen?

Bei Ihrem Entschließungsantrag finde ich es schon bemerkenswert, dass Sie den Landtag beschließen lassen wollen, den Stress der Schülerinnen und Schüler durch die Verdichtung des Unterrichts zu minimieren. Dort neue Ideen anzubieten hätten Sie schon längst auf den Weg bringen können. Ein halbes Jahr sind Sie jetzt dran.

Dann führen Sie Beschwerden der Kinder- und Jugendverbände im Bereich musischer, künstlerischer und sportlicher Betätigung zu Mitgliederschwund an. Da haben Sie alle Ehrenamtlichen etwa beim Roten Kreuz oder bei der Feuerwehr vergessen, die genauso klagen. Das ist doch kein Problem von G8 und G9; das ist ein Problem des Ganztags. Das ist

auch nichts Neues und hat mit dem überhaupt nichts zu tun. Dann hätten Sie auch beschließen können: Heute ist Donnerstag.

Sie sagen auch noch: Wir wollen die Gymnasien unterstützen. – Es ist das eigentliche Tagesgeschäft, die Schulen zu unterstützen. Dazu bedarf es keines Antrags, um den Gymnasien als Landesregierung die notwendige Unterstützung zu geben. Das ist eigentlich Tagesgeschäft, das sollte selbstverständlich sein. Da fragt man sich schon: Wo ist eigentlich bei diesem Modellversuch das Ziel von Rot-Rot-Grün? – Ich bin gespannt, Frau Ministerin wird sich dazu gleich noch auslassen.

Das OVG Münster hat 2003 festgestellt: Schulversuche dürfen nur zur Erprobung neuer – das ist besonders betont – pädagogischer und organisatorischer Inhalte und Formen dienen. – Frau Löhrmann, Sie ignorieren also Vorschriften.

(Beifall von der FDP – Heiterkeit von der SPD)

Anders kann ich mir das nicht erklären. Denn es gibt keine neuen Erkenntnisse; da gibt es keine neuen pädagogischen Formen und Inhalte zu erproben. Das müssen Sie uns erst einmal erklären. Wir sehen die auf jeden Fall nicht.

In Ihrem Bericht aus Dezember 2010 sagen Sie: G8 war damals unvorbereitet und überhastet eingeführt worden. Das haben Beispiele in Bayern und Hessen erbracht. – Wie gesagt, ich habe schon ausgeführt, es gab sicherlich in vielen Dingen Startschwierigkeiten, die dann aber ausgemerzt worden sind. In Bayern gab es auch Proteste, die Sie in Ihrem Bericht ebenfalls angeschnitten haben – in Hessen genauso. Es ist in allen Ländern nachgearbeitet worden. Bayern liegt bei PISA nach wie vor ganz weit oben. Da kann es also gar nicht so schlimm sein. Die Zahlen sprechen für sich: Mittlerweile wollen 13 Gymnasien zurück zu G9. Deshalb kann das kein Grund sein, so eklatant dagegen zu sein.

Wir fordern Sie auf, Frau Löhrmann – das haben wir nach der Einführung auch getan –, G8 weiterzuentwickeln, die Unterrichte weiter zu entschlacken und auszudünnen. Ich weiß von meinem aktuellen Schülerpraktikanten, dass ein paar Lehrer es zum Teil auf die eigene Kappe nehmen, den Unterricht auszudünnen. Es kann doch nicht richtig sein, da ein eigenes Ermessen zu haben. Da sollte es neue Vorgaben aus dem Ministerium geben.

Sie eiern mal wieder viel zu sehr herum und machen alles möglich; das finde ich bemerkenswert. Sie versuchen, in Nordrhein-Westfalen ein eher eindimensionales Schulsystem auf den Weg zu bringen und mit G8 und G9 ein System im System zu schaffen. Unübersichtlicher kann man es nicht mehr machen. Was ist mit den Kindern, die umziehen? Was ist mit den Kindern, die das Schuljahr nicht schaffen oder freiwillig zurückgehen – wie auch immer – oder von anderen Schulen kommen?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Die haben mitunter enorme Probleme. Sie schaffen mehr Probleme, als das Ganze überhaupt nützt.

Frau Löhrmann, ich darf auch Sie aus der besagten 111. Plenarsitzung im Januar 2004 zitieren:

„Für uns Grüne gehört das zusammen: Reduzierung des Sitzenbleibens durch individuelle Förderung ist auch Schulzeitverkürzung, und zwar eine, die sich vor allem am einzelnen Kind orientiert.“

Sie haben völlig recht, Frau Löhrmann. Deswegen bleiben wir ganz klar bei unserer Forderung: Investieren Sie Ihre Kraft lieber in die individuelle Förderung des einzelnen Kindes! Stärken Sie die Gymnasien, stärken Sie die Eltern, stärken Sie die Kinder zum Wohle der Bildung und nicht zum Wohle Ihrer ideologischen rot-grünen Parteitagsbeschlüsse! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ratajczak. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Hendricks das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Renate Hendricks (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher auf der Tribüne! Es sind wohl heute auch einige Gymnasiasten da, die von der Frage G8 ganz persönlich betroffen sind.

Lassen Sie mich zu diesem Antrag der FDP, zu dem heute Morgen sowohl im Vortrag der CDU als auch im Vortrag der FDP wirklich erkenntnisfrei gesprochen worden ist, noch mal ein bisschen in die Geschichte hineingehen, die Sie, Herr Witzel, in diesem Land verursacht haben. Sie haben das Land Nordrhein-Westfalen mit der Einführung von G8 in einen Flächenversuch geschickt, ohne vorher analysiert zu haben, was Sie mit G8 machen. Sie haben die Schulen sowie die Lehrerinnen und Lehrer überfordert, unheimlichen Druck bei Schülern und Schülerinnen aufgebaut und mit ihrer Form von Strukturveränderungen Protestwellen im Land hervorgerufen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Das wissen Sie ganz genau. Sie wissen auch ganz genau, dass ausgerechnet diese Schulzeitverkürzung möglicherweise mit dazu beigetragen hat, dass Sie den Wahlerfolg, den Sie hatten, im Mai 2010 verspielt haben. Unsensibel und übrigens auch erkenntnisfrei – das sage ich noch einmal, auch aus den Erfahrungen heraus, die wir in Nordrhein-Westfalen mit den D-Zug-Klassen hatten.

Ich sage an dieser Stelle eindeutig: Ich war lange Schulpflegschaftsvorsitzende eines Gymnasiums, das sehr stark mit Enrichment gearbeitet hat. Wir hatten an unserer Schule D-Zug-Klassen, mit denen wir die Schüler damals schon in Form von G8 zum Abitur geführt haben. Wir haben sehr genau gewusst, dass wir diese Klassen stärker unterstützen, die Eltern mitnehmen und auch zusätzliche Förderangebote machen müssen, damit wir diese Schüler nicht auf der Strecke verlieren.

Es gab etliche Gymnasien in Nordrhein-Westfalen, die G8 hatten. Sie haben, obwohl Sie die Ergebnisse dieses Versuchs vorliegen hatten, das gesamte Land in G8 gestürzt, ohne die entsprechenden Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Wer hat denn G8 beschlossen?)

Wir haben dann erst einmal versucht, Ihre Scherbenhaufen zusammenzukehren, und den Schulen angeboten, zu G9 zurückzukehren, allerdings nicht zu alt G9, sondern zu neu G9; denn wir wollten damit den Schulen die Option eröffnen, die Schülerinnen und Schüler stärker individuell zu fördern.

Meine Damen und Herren von der FDP, vor diesem Hintergrund ist es wirklich eine Farce, dass Sie gestern einen Antrag zum Thema individuelle Förderung in den Landtag eingebracht haben

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

und es heute bei den Schulen ablehnen, die sich bewusst auf den Weg machen wollen, um individuelle Förderung praktisch umzusetzen und damit auch die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Sie haben eine starre Vorstellung von individueller Förderung, die darin gipfelt, dass es eine Lehrerfortbildung gibt. Aber alleine mit der Lehrerfortbildung bekommen Sie die individuelle Förderung nicht umgesetzt.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ja, Schüler braucht man auch dazu, das stimmt!)

– Nein, sie brauchen noch mehr, Frau Pieper-von Heiden. Im Prinzip benötigte man auch intelligente Politiker, um das umsetzen zu können.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN – Zuruf von der CDU)

Was diese ganze Debatte heute Morgen betrifft: Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass Sie nach dem gestrigen Antrag zu dem Thema „individuelle Förderung“ jetzt gesagt hätten: Wunderbar, wir nutzen die Chancen dieses Schulversuchs, um uns einmal anzuschauen – auch mit wissenschaftlicher Begleitung –, was wir tun müssen, übrigens auch in der

Reflexion auf G8, um die Situation für die Schülerinnen und Schüler und auch für die Kollegen an den Schulen zu verbessern.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Unter individueller Förderung verstehen wir nicht die Verlängerung der Schulzeit!)

– Frau Pieper-von Heiden, das Problem ist – ich kann nur wiederholen, was meine Fraktionsgeschäftsführerin gerade gesagt hat –: Sie verstehen es eben nicht. Deshalb habe ich auch etwas von intelligenten Politikern gesagt. Es hilft überhaupt nicht, wenn wir uns in dieser Frage immer in starren ideologischen Diskussionen bewegen und nicht darauf schauen, was die Schüler tatsächlich brauchen.

(Zuruf von der CDU: Was machen Sie denn?)

Frau Ministerin Löhrmann hat im Dezember die Unterstützung vorgestellt, die die G8-Schulen bekommen. Auch da sind wir sozusagen dabei, Ihren Scherbenhaufen zusammenzukehren. Auch hier werden wir natürlich Fortbildung anbieten. Wir wollen Netzwerke schaffen, und wir wollen bei den Hausaufgaben unterstützen. Zusätzlich schauen wir uns an: Was können die Schulen, die sich freiwillig nach einem bewussten Meinungsbildungsprozess dafür entschieden haben, jetzt an Erkenntnisgewinn benötigen?

Interessant ist, dass immer dann, wenn sich Schulen entscheiden, die Freiheit, die wir ihnen geben, wahrzunehmen, von der FDP sofort kommt: Freiheit wollen wir nicht. – Ich habe immer gedacht, Sie seien eine liberale Partei. Wo ist denn Ihr Liberalismus geblieben? – Freiheit bedeutet, den Menschen Optionen zu eröffnen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin.

Renate Hendricks (SPD): Es wird jetzt darauf ankommen – die Schulkonferenzen haben sich entschieden –, ob die Eltern ihre Kinder dort anmelden. Interessant ist doch – Herr Ratajczak, Sie haben das eben noch einmal gesagt –: Ja, wir haben uns entschieden, die Schulzeit auf acht Jahre zu verkürzen. Aber was Sie nicht gesagt haben und was doch immer dazugehört, ist, dass wir etwas völlig anderes vorhatten: Wir hätten nicht in der Sekundarstufe I, sondern in der Oberstufe eine Verkürzung vorgenommen. Das ist alles nachzulesen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Abgeordnete Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Wir hätten damit eine Flexibilisierung hinbekommen, die Sie mit Ihrem

System nicht geschafft haben, weil Sie nämlich viele Schüler von der Durchlässigkeit abgeschnitten haben. Das war doch Ihr Prinzip. Es ging bei Ihnen um die Frage: Wie stärken wir das Gymnasium, indem wir es von den übrigen Schulformen abkoppeln?

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Abgeordnete Hendricks, entschuldigen Sie, wenn ich noch einmal versuche, Sie zu unterbrechen. Herr Abgeordneter Dr. Berger würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Renate Hendricks (SPD): Nein, jetzt nicht. Er kann am Ende meiner Rede eine Zwischenfrage stellen. Aber ich finde, es ist jetzt, auch für mich, nicht von Erkenntnisgewinn, wenn eine Zwischenfrage gestellt wird.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Keine Zwischenfrage, okay.

Renate Hendricks (SPD): Herr Ratajczak, Sie haben in diesem Plenum gerade wieder einmal davon gesprochen – auch dies gehört dazu –, dass Bayern bei der PISA-Studie viel bessere Ergebnisse hat. Wo haben Sie eigentlich diese Erkenntnis her? In der letzten PISA-Studie wurden keine Länderuntersuchungen mehr vorgenommen. Wie können Sie so etwas behaupten? – Sie haben dafür überhaupt keine Grundlage. Hören Sie doch auf, standardisierte Antworten zu geben, und setzen Sie sich einmal wirklich mit der Thematik auseinander!

Wenn wir aus den Ländervergleichen etwas gelernt haben, dann dies, dass die soziale Schere auch in Bayern in der Zwischenzeit sehr stark auseinandergegangen ist und dass die Bayern da dringend nacharbeiten müssen.

Lassen Sie uns also den Versuch, den wir jetzt auf den Weg bringen, positiv begleiten. Lassen Sie uns den Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben, Anerkennung dafür zollen, dass Sie dies getan haben, und lassen Sie uns darüber im Klaren sein, dass, was den Meinungsbildungsprozess in den Schulen betrifft, ganz viele Eltern etwas anderes wollten als die Schulleitungen. Auch das muss man sehen. Die Eltern wollten für ihre Kinder längeres Lernen haben, aber die Schulleitungen haben gesagt: Uns sind in letzter Zeit so viele Reformen übergestülpt worden,

(Zuruf von der SPD)

dass wir diese Reformen zurzeit gar nicht ohne Weiteres umsetzen können. Infolgedessen möchten wir Ruhe haben. Es geht nicht darum, dass wir das

nicht möchten, sondern wir fühlen uns überfordert. – Diese Überforderung, meine Damen und Herren von der Opposition, haben Sie in Ihrer Regierungszeit verantwortet.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Also: Ein längeres gemeinsames Lernen ist im Gymnasium nicht erforderlich, aber dass man den Gymnasien die Möglichkeit eröffnet, länger individuell zu fördern, ist, glaube ich, keine Schwächung des Gymnasiums, sondern eine Stärkung. Auch hier, meine Damen und Herren von der Opposition, liegen Sie falsch. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hendricks. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Kollegin Beer das Wort. Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Das macht mir heute Morgen wieder richtig Spaß. Herr Ratajczak, das war Klasse, das war ein Vortrag mit viel Temperament, aber die Inhalte! Wir müssen noch einmal darüber reden.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Erst einmal zur Frage des verantwortlichen Umgangs mit Lebenszeit. Das ist so eine Sache. Da stimme ich Ihnen zu, natürlich. Das heißt aber nicht, die gymnasiale Schulzeitverkürzung in die Sekundarstufe I zwangsweise hineinzupacken. Verantwortlicher Umgang mit Lebenszeit von Kindern und Jugendlichen heißt, auf die Entwicklungszeiten zu gucken, die da sind.

Ich glaube, das war ein kapitaler Fehler; da sind wir uns einig. Sie haben doch die Rückmeldungen. Fragen Sie Ihren Praktikanten! Der erzählt Ihnen gerne mehr davon. – Das ist das Erste.

Das Zweite: Gestern haben wir hier noch über individuelle Förderung gesprochen. Meine Güte! Wie groß ist denn da die Halbwertszeit der guten Absichten, die uns gestern von der FDP verkündet worden sind? Offensichtlich wurde nichts kapiert. Individuelles Lernen heißt auch, individuell die Zeit zu ermöglichen, die gegebenenfalls benötigt wird – natürlich nicht ausufernd, aber in einem anderen Rahmen. Das heißt dann auch, dass wir mit diesem Schulversuch den Weg gehen, mehr Bildungspotenziale zu erschließen und mehr Kindern die Chance zu geben, zu guten Ergebnissen zu kommen –

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

und das gerade auch im ländlichen Raum, wo das gymnasiale Angebot sehr eingeschränkt ist. Das ist der Punkt, dass die Schulen hier entdecken, dass das für Sie, im Übrigen auch in Konkurrenz zu den Gymnasien, die nahe an Gymnasien in anderen Bundesländern liegen, ein Wettbewerbsvorteil ist. Wo ist denn da die FDP?

(Ralf Witzel [FDP]: Was?)

Das finde ich ganz interessant. Kollegin Hendricks hat es schon angesprochen. Sie werfen alle Ihre liberalen Prinzipien über Bord. Wenn es um Gemeinschaftsschule geht, befürchten Sie, dass die Bildungsvielfalt beschnitten wird, die Autonomie von Schulen nicht berücksichtigt wird, das Elternrecht eingeschränkt wird.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja!)

Und genau in diesem Schulversuch wird das gerade garantiert. Die Bildungsvielfalt wird erweitert. Die Autonomie von Schulen wird geachtet und berücksichtigt. Das Elternrecht wird wahrgenommen.

Wenn Sie unter der ideologischen Käseglocke sitzen, dann schmeißen Sie alle, auch die letzten liberalen Prinzipien über Bord. Das ist die Bestandsaufnahme, die wir hier machen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin!

Sigrid Beer (GRÜNE): Einen schönen Gruß an Herrn Lindner! Den habe ich immer noch in sehr angenehmer Erinnerung: Aber Sie haben doch keine Forderungen zu stellen. Sie müssen sich einmal auf erfolgreiche Bildungspolitik einstellen. Sie sind doch gerade in Schleswig-Holstein mit der Regionalen Mittelschule gescheitert. Das ist das Ergebnis der liberalen Politik dort oben.

Sie haben es immer noch nicht kapiert. Nein, Sie kaprizieren sich sowohl im Bund wie im Land auch als Steuersenkungspartei immer wieder mit dem wohlfeilen Mantra. Was kommt dann als Ergebnis der Politik dabei heraus? Im Augenblick haben wir aktuell die Diskussion um Steuerentlastungen, die pro Monat ungefähr in der Höhe der Umfragewerte der FDP liegen.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Abwarten!)

Das ist ein Ding, das nun wirklich nicht sein kann.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, entschuldigen Sie, wenn ich Sie kurz unterbreche. Mittlerweile haben sich zwei Kollegen für eine Zwischenfrage gemeldet. Das eine ist Professor Dr. Dr. Sternberg, anschließend Herr Ratajczak.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Gerne.)

Herr Prof. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Beer, ich würde gerne wieder abrüsten und das Zensuren-Verteilen unterbrechen. Ich habe den Eindruck, dass die Geschichte mit G9, obwohl es nun wirklich nicht funktioniert hat und nicht angenommen worden ist, zu einem großen Versuch aufgeblasen werden soll. Wenn ich den gemeinsamen Entschließungsantrag der drei Koalitionsfraktionen lese, dann lese ich da, dass im ersten Punkt den teilnehmenden Schulen die notwendige Unterstützung gegeben werden soll. Das sind knapp 2 % der Gymnasien.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Könnten Sie bitte eine Frage stellen.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Was ist da vorgesehen? Was ist das für ein Aufwand? Was braucht man wirklich. Was muss für diese 13 Schulen im Land bei dem Versuch, von dem wir meinen, dass er keiner ist, aufgewendet werden?

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich kenne keinen Antrag von drei Regierungsfractionen. Von daher kann ich das nicht beantworten.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Das ist das Erste. Ich möchte gerne in meiner Rede fortfahren und Ihnen deutlich machen ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Jetzt noch die Zwischenfrage von Herrn Ratajczak!

Sigrid Beer (GRÜNE): Ach, von Herrn Ratajczak, gerne.

Marc Ratajczak (CDU): Frau Beer, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Mir ist eines noch nicht ganz klar geworden – Sie haben sich ein bisschen an der FDP mit Ihren Argumenten abgearbeitet –, Frau Beer: Der Politik ist es völlig fremd, Ergebnisse eines Modellversuches schon vorher zu kennen. Das gibt es relativ selten. Also: Was könnte aus Ihrer Sicht ein Ergebnisgewinn bzw. ein Ergebnis dieses Modellversuchs am Ende sein? Wie lange soll der Versuch gehen? Was könnte möglicherweise am Ende für Sie herauskommen?

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Herr Ratajczak. – Ich habe eben schon einmal gesagt, dass es Ziel sein muss, mehr Bildungspotentiale in Nordrhein-Westfalen zu erschließen. Und das ist ein Beitrag, bei dem wir schauen wollen, ob das so

gelingen kann. Das sind auch die Gründe der Gymnasien, soweit ich mit ihnen Kontakt habe,

(Ralf Witzel [FDP]: Welch ein Euphemismus für Ihren Qualitätsabbau!)

warum Sie sich auf diesen Weg begeben haben. Das ist der Punkt, den wir mit unterstützen wollen. Die Frage, inwieweit Eltern dieses Angebot annehmen, ist auch eine interessante Geschichte.

Ich hatte heute Morgen, Herr Ratajczak, den FDP-Antrag vorliegen. Natürlich waren Sie an den Sachen beteiligt. Das Netteste an dem FDP-Antrag ist, dass auf der ersten Seite im Prinzip der Problemkatalog steht, den Sie uns hinterlassen haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Das haben Sie alles abgeschrieben!)

Ich lasse jetzt einmal den ersten Punkt weg; ich werde gleich darauf rekurrieren: Die Schwierigkeiten bei einem Wechsel zwischen den Bildungsgängen bei Klassenwiederholungen ist genau das, was Sie mit G8 produziert haben. Gucken Sie sich einmal an, wie der Übergang von G8 und G9 war. Sitzenbleiben war im Prinzip unmöglich, weil für die Schülerinnen sonst eklatante Folgen damit verbunden gewesen wären, nämlich zwei Jahre zurückzugehen. Welche Anstrengungen da in den Schulen unternommen werden mussten! Nur einmal das, was Sie so machen – vom Abhängen der Bildungsgänge war auch schon die Rede.

Probleme bei der Planbarkeit der Zugänge, Probleme bei den Lehrplänen: Dass Sie es wagen, das aufzuschreiben und hier vorzutragen! Das entbehrt jeder Grundlage.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Ich finde, das ist eine Frechheit, das darzubieten.

Dann die ungeeigneten Schulbücher, genau das gleiche Problem. In den verkürzten Bildungsgang der Sek II schicken: Es gab überhaupt noch keine Bücher dazu.

(Ralf Witzel [FDP]: Die gibt es aber jetzt wohl!)

Dasselbe gilt auch für die Sek I. Wenn Sie über individualisiertes Lernen reden, dann wissen Sie auch, dass da eine große Verbreiterung der Materialien nötig ist und dass die Schulen da aus Vielem schöpfen können.

Das ist das, was Herr Sternberg eben mit seiner Anfrage gemeint hat. Natürlich wird das jetzt sorgsam vom Ministerium begleitet. Da können Sie sicher sein, und ich bin mir auch sicher, dass die Ministerin dazu gleich etwas sagen wird.

Dass Sie Zeit-, Raum- und Organisationsprobleme an Schulen hier nennen, ist ein Ding. Dass Sie die Chuzpe haben, das noch einmal darzulegen! Das ist der Scherbenhaufen, den Sie den Kommunen, den Schulen, den Eltern und den Schulträgern be-

reitet haben, nämlich ihnen unvorbereitet das G8 auf den Schulhof zu kippen. Ich finde das wirklich dreist!

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Das Gleiche gilt für den Lehrerstellenbedarf. Denn das G8, so wie Sie das durchgeführt haben, hat 2.400 Stellen im Landeshaushalt verursacht,

(Ralf Witzel [FDP]: Wir haben über 8.000 Stellen zusätzlich geschaffen!)

und Sie haben überhaupt nichts hinterlegt, dass das ausreichend passiert. Wir mussten über einen Nachtrag nachsteuern, gerade für die Sekundarstufe II. So viel zu der Seriosität Ihrer Politik und dessen, was Sie hier vorlegen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Ich will nun auf das Handlungsfeld der Durchlässigkeit in diesem Land, was die Bildungsgänge angeht, eingehen. Dort müssen wir entsprechend nachlegen. Das, was in den Beiträgen und in dem Aufregungspotenzial, was sich hier gerade wieder produziert – gerade Herr Witzel – zum Ausdruck kommt und was sich auch im Antrag niederschlägt, ist doch die Phobie vor Gemeinschaftsschulen und vor anderen Dingen. Ich möchte gerne – das fand ich wirklich unsäglich – an Ihre Äußerungen Ende des letzten Jahres erinnern, als Sie im Rahmen der Debatte hier gesagt haben – da ging es um die Grundschulgutachten –, dass es letztlich darum geht, einen zügellosen Zugang zum Gymnasium zu ermöglichen.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Da wird Ihr Bildungsverständnis, Ihr Teilhabeverständnis deutlich: Abgrenzen, Klientelpolitik auch in der Bildungspolitik! Das ist das Mantra, das Sie hier vor sich hertragen. Und damit machen wir Schluss.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer. Das war dann in jeder Hinsicht wörtlich zu verstehen. – Ich darf als nächste Rednerin die Abgeordnete Kollegin Böth für die Fraktion Die Linke aufrufen.

Gunhild Böth (LINKE): Danke. – Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Worüber reden wir hier? – Wir haben wieder einmal einen Antrag der FDP vorliegen, der das Mantra, von dem Frau Beer gerade schon gesprochen hat, zum Inhalt hat: Rettet das Gymnasium. Das haben wir jede Woche, jedes Mal, wenn wir Plenarsitzung haben, jedes Mal, wenn wir Schulausschusssitzung haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Man kann nicht oft genug vor diesen verheerenden rot-rot-grünen Entwicklungen warnen!)

– Gerne, Herr Witzel, überhaupt kein Problem, weil wir nämlich gerade einen Gesetzentwurf vorgelegt haben.

Herr Witzel, Sie sind ja Mitglied im Schulausschuss. Sie wissen, dass wir das jetzt gerade da diskutieren. Unserer Meinung nach wäre es außerordentlich sinnvoll, im Gymnasium für die Sekundarstufe I wieder die Klassen 5 bis 10 und ein Baukastenmodell für die gymnasiale Oberstufe einzuführen, so dass man es in zwei bis vier Jahren bis zum Abitur schafft, und zwar nicht nach dem Motto: Wer es in zwei schafft, ist der Tolle, und wer es in vier schafft, ist der Blöde.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: G10!)

Es soll vielmehr einem Modell, wie es das in Finnland gibt, ähneln, sodass es neben der Schule auch noch ein Leben gibt, dass man sich zum Beispiel leistungssportlich engagieren kann, dass man beispielsweise in einem Orchester spielt und dafür auch Zeit aufwendet, oder, oder, oder. Dies alles soll auch in der Schulzeit möglich sein.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu Ihrem Antrag. Frau Pieper-von Heiden. Sie wissen, dass ich Anträge immer aufmerksam lese. Der Tatbestand ist richtig. Nach meiner Kenntnis haben sich diese 13 Gymnasien, so wie wir das vom Ministerium gehört haben, gemeldet. Ich habe hier bereits in der Dezember-Sitzung zur Ministerin gesagt, dass ich es für einen großen taktischen Fehler gehalten habe, wie sie das angegangen ist – Sie können das im Protokoll nachlesen –, und zwar aus dem einfachen Grund, weil die Zeit für die Gymnasien, sich zu entscheiden, viel zu kurz war, weil das alles Hals über Kopf gehen musste. Ich finde, dass das auch für die Schulen nicht planbar war. Man kann darüber nicht in Ruhe nachdenken. Es gab ein ganz kleines Zeitfenster. Ich weiß nicht, warum das Ministerium das so gemacht hat.

Sie haben ferner gesagt, dass unklar war, welche Hilfen sie erhalten und auf was sie sich verlassen können, damit die Gymnasien nicht wieder in die unsäglich Situation kommen, die ich als Gymnasiallehrerin erlebt habe, nämlich Unterricht zu machen, ohne einen Lehrplan zu haben. Nachdem ich in der 6. Klasse mit dem Politikunterricht fast fertig war, kam der Lehrplan, und ich stellte fest, dass ich all die Dinge, die ich machen musste, gar nicht gemacht habe, da ich eigentlich andere Sachen hätte unterrichten müssen. Ich hatte mich – wonach sonst? – am alten Lehrplan orientiert. Das war das Chaos, das wir vorher hatten.

Insofern haben viele Gymnasien befürchtet, sie kriegen wieder so ein Chaos, und haben die Finger davon gelassen. Das ist aber eine persönliche Vermutung von mir.

Frau Pieper- von Heiden, nun haben wir das Problem, dass das Ministerium oder die Regierung sehr wohl einen Modellversuch auf den Weg bringen kann. Wir werden nicht danach gefragt, ob uns das als Opposition nun gefällt oder nicht, denn sie können Modellversuche durchführen. Das haben Sie in Ihrer Regierungszeit auch gemacht, und deshalb brauchen wir darüber überhaupt nicht zu streiten. Das ist das gute Recht der Regierung.

Wesentlich finde ich, dass wir uns als Parlament darum kümmern und das nicht einfach laufen lassen. Wenn Sie jetzt in Ihrem Antrag schreiben – zweiter Abschnitt erster Satz –:

„In Wahrheit handelt es sich um einen sinnlosen Modellversuch ohne Erkenntnisgewinn.“,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

kann ich nur sagen: Dann tun wir uns einmal zusammen, dass es nicht so wird, wie Sie das hier befürchten. Wir begleiten das vielmehr im Schulausschuss und fragen immer wieder danach. Das ist doch die originäre Aufgabe des Parlaments. Ich weiß nicht, warum Sie als Liberaler originäre Aufgaben des Parlaments aus der Hand geben wollen, indem Sie schreiben: Es ist sowieso klar, was damit passiert, und darum kümmern wir uns nicht mehr. – Das halte ich für völlig falsch.

(Beifall von der LINKEN)

Aber noch etwas anderes. Darüber, wie Sie gerade über die Gymnasien geredet haben, die diesen Modellversuch durchführen möchten, bin ich ziemlich entsetzt.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Denn ich habe Ihnen gestern vorgehalten – Herr Witzel hat mir gestern in der Debatte massiv widersprochen –, dass Sie das Gymnasium des 19. Jahrhunderts hochhalten. Darüber hat sich Herr Witzel fürchterlich aufgeregt. Was Sie gerade gesagt haben, ist doch Folgendes: Sie halten das für falsch, was die Gymnasien tun. Das ist ein paternalistisch-autoritäres Politikverständnis.

(Beifall von der LINKEN und von der SPD)

Das heißt nämlich: Ich weiß, was für dich gut ist. – Sie trauen denen überhaupt nicht zu, dass die selber wissen, was für sie gut ist.

Wenn der ganze Modellversuch darauf hinauslaufen würde, dass wir eine Möglichkeit finden, sozusagen individuelle Förderung in einer anderen Art, als es im G8 möglich ist, tatsächlich zu erproben und zu unterstützen, dann liefere doch Ihr Antrag, den Sie gestern am späten Nachmittag hier eingebracht haben, nämlich die individuelle Förderung zu verstär-

ken – darüber haben wir hier anderthalb Stunden debattiert – genau in die richtige Richtung. Aber ich fürchte auch, Sie kriegen die zwei Sachen nicht zusammen.

Jedenfalls brauchen wir eine individuelle Förderung. Ich habe einen grenzenlosen pädagogischen Optimismus, muss ich ehrlich sagen. Ich erkläre es jetzt einfach noch einmal. Wir wenden uns also ab von dem Gleichschritt-Gymnasium. Es gibt ja die Formel von den fünf Gs: Alle Schülerinnen und Schüler am gleichen Ort in der gleichen Zeit mit den gleichen Methoden mit den gleichen Materialien, und dann müssen sie auch noch zum gleichen Ziel kommen. Das ist Gymnasium des 19. Jahrhunderts. Davon müssen wir nun irgendwann wirklich einmal wegkommen.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir müssen irgendwann einmal eine moderne Schule konstruieren.

Insofern ist es doch die Aufgabe dieses Parlaments und dann speziell des Schulausschusses, in dem wir uns ja alle wiedertreffen, uns um G8 und die Probleme, die die Schulen haben, die G8 fahren, zu kümmern und nicht nur zu beobachten, sondern tatsächlich etwas zu tun, und uns zweitens um die zu kümmern, die in G9 jetzt etwas anderes und Neues versuchen. Das ist unsere originäre Aufgabe. Da fände ich es schon ganz gut, wir würden das auch tun.

Das ist der Grund, weshalb sich meine Fraktion an dem Entschließungsantrag beteiligt hat. Denn da steht drin, dass wir uns kümmern werden.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Böth. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ihre Beiträge, Frau Pieper-von Heiden und Herr Ratajczak, haben meine ohnehin schon gegebene Vorfreude auf die Debatte heute noch einmal gesteigert.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Das ist doch schön! – Zuruf von Marc Ratajczak [CDU])

Ich bedanke mich ausdrücklich erstens für den Antrag und zweitens für Ihre Beiträge.

Zu Beginn möchte ich aus einem Buch zitieren, das ich Ihnen allen nachdrücklich zu lesen empfehle, weil es immer noch erstaunlich aktuell ist. Das ist die Gedenkschrift „Zukunft der Bildung – Schule der

Zukunft“ der Bildungskommission NRW, die Johannes Rau 1992 berufen hat. Ich zitiere:

„Die Erziehungswissenschaft ist jedoch längst zu der Auffassung gelangt, dass gleiche äußere Bedingungen für alle zu ungleichen Ergebnissen führen, die dann der einzelnen Schülerin und dem einzelnen Schüler zugerechnet werden.“

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

„Entscheidend ist die Tatsache, dass unterschiedliche Menschen unterschiedliche Zeiten zur Erreichung ähnlicher Ziele benötigen. Dies anzuerkennen und in pädagogische Praxis umzusetzen, ist Aufgabe des Bildungssystems, nicht die Angleichung der Menschen an vorgegebene Normen.“

Zitat Ende.

Ich finde, das ist nach wie vor eine bemerkenswerte Aussage, an der wir unser Schulsystem orientieren sollten.

Wie kläglich ist dagegen wirklich die Argumentation in Ihrem Antrag, verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP. Da geht es Ihnen um Verfahrensfragen und um strukturelle Aspekte. Da geht es Ihnen aber überhaupt nicht um die eigentlichen Belange der betroffenen Schülerinnen und Schüler,

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

der Eltern, der Lehrerinnen und Lehrer geschweige denn, dass Sie auf deren Wünsche Rücksicht nehmen.

Ich dachte, wir haben einen Konsens: Das Kind muss in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Schülerin und der Schüler muss in den Mittelpunkt gestellt werden.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Ich zitiere Herrn Röttgen seit einiger Zeit gerne mit dieser Aussage. Wir pflegen diese Aussage schon etwas länger. Die Systeme müssen sich nach den Kindern richten und nicht die Kinder in die Systeme gepresst werden.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das ist eine neue Philosophie, von der ich dachte, sie wäre Konsens hier in diesem Hause.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von den abgewählten Fraktionen, was die Regierung angeht, Sie haben mit der unter Ihrer Regierungsbeteiligung überhasteten, schlecht vorbereiteten Einführung des verkürzten Bildungsgangs eine für alle am Schulleben Beteiligten nicht zufriedenstellende Situation geschaffen, die bis heute nachwirkt. Viele Betroffene beklagen die hohe Belastung, die mit der Verdichtung der Unterrichtszeit in der Sekundarstufe I verbunden ist. Damit ist in Ihrer Regierungszeit erhebliche Unruhe in die

Gymnasien hineingetragen worden, ohne dass Sie angemessene Nachbesserungen vorgenommen haben.

Dagegen hat sich die neue Landesregierung sofort an die Arbeit gemacht und zweierlei Dinge in Bezug auf die Schulzeitverkürzung angepackt.

Erstens hat sie die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt, Gymnasien einmalig die Möglichkeit zu eröffnen, einen neunjährigen Gymnasien-Bildungsgang bzw. einen parallel geführten Bildungsgang anzubieten.

Jetzt werfen Sie uns vor, dass wir unsere Wahlversprechen umsetzen. Das finden wir eigentlich richtig, dass wir das, was wir im Wahlkampf versprochen haben, auch umsetzen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das hätten Sie vielleicht besser auch einmal tun sollen.

Zweitens hat die Landesregierung einen Sieben-Punkte-Plan vorgelegt, der konkrete Arbeitsschritte vorsieht, die die Umsetzung des verkürzten Bildungsgangs nachhaltig verbessern sollen. Dabei werden Schulleitungsverbände, Elternverbände sowie Lehrerverbände in die Diskussions- und Arbeitsprozesse einbezogen. Hierüber habe ich den Landtag bereits am 17. Dezember 2010 unterrichtet.

Meine Damen und Herren aus der Fraktion der FDP, Sie haben zutreffend ausgerechnet, dass sich 2 % der Gymnasien für die erste Variante entschieden haben.

(Ralf Witzel [FDP]: 98 % dagegen!)

Ich habe zutreffend ausgerechnet, dass sich Ihr Antrag zu vier Fünfteln mit diesen 2 % beschäftigt. Die anderen 98 % der Gymnasien handeln Sie in Ihrem Antrag kurz und reichlich schwach ab. Ich habe beim Lesen fast den Eindruck, dass Sie während der Unterrichtung im Dezember womöglich gedanklich schon im Weihnachtsurlaub waren. Aber diese Wertigkeit ist Ihre Entscheidung.

Ich will mich deshalb in meinem Beitrag auf den Modellversuch konzentrieren. Es ist ein sehr sinnvoller Modellversuch. Sie behaupten, es handle sich um einen sinnlosen Modellversuch.

(Ralf Witzel [FDP]: Genau!)

Diese Behauptung ist schlichtweg falsch, da dieser neue neunjährige Bildungsgang eben keine Kopie des alten Bildungsgangs darstellt. Dies hätten Sie, meine Damen und Herren von der FDP, schon bei aufmerksamer Durchsicht des Eckpunktepapiers zum Schulversuch erkennen müssen.

Meine Damen und Herren, die Zeit ist doch auch unter Ihrer Regierungsbeteiligung nicht stehen geblieben.

(Ralf Witzel [FDP]: Und bei Ihnen gibt es nun alten Wein in grünen Schläuchen!)

An Grundschulen wird Englisch ab der 1. Klasse gelehrt. Das muss auch Auswirkungen auf den gymnasialen Bildungsgang haben. An allen Schulformen wird inzwischen die zweite Fremdsprache schon in Klasse 6 gelehrt. In allen Schulformen sind Ergänzungsstunden vorgesehen.

Ich verzichte an dieser Stelle darauf, Ihnen weitere Details aus dem längst publizierten Eckpunktepapier zu erläutern. Es wird auch so schon klar, dass der neunjährige Bildungsgang anders aufgebaut ist als der bekannte frühere neunjährige Bildungsgang.

(Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU]: Welch ein Aufwand!)

Wesentlich ist, dass der Schulversuch einen in der Öffentlichkeit vielfach geäußerten Kritikpunkt am verkürzten Bildungsgang aufgreift, nämlich die von allen Beteiligten beklagte Verdichtung der Lernzeit. Deswegen erhalten Schülerinnen und Schüler im neu konzipierten neunjährigen Bildungsgang mehr Unterrichtszeit und damit mehr Zeit zum Lernen und zur individuellen Förderung, über die wir gestern gesprochen haben und über die wir natürlich immer wieder auch sprechen sollten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Hierdurch sollen nicht mehr Inhalte vermittelt, sondern unter Berücksichtigung des individuellen Lerntempos verstärkt Phasen der Vertiefung, des Übens und des Fördern und Forderns ermöglicht werden.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ergänzungsstunden!)

Ganz unabhängig davon werden bei der Erstellung der Stundentafel für den neuen neunjährigen Bildungsgang die Vorgaben der Kultusministerkonferenz beachtet, die ein bestimmtes Stundenkontingent in den Fächern und in der Gesamtwochenstundenzahl verpflichtend vorsehen. Damit ist die Anerkennung des Abiturs in diesem Bildungsgang durch die anderen Länder gesichert. Durch eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation gewährleistet die Landesregierung, dass mögliche zukünftige gesetzgeberische Entscheidungen über die Gestaltung gymnasialer Bildungsgänge auf einer gesicherten Basis getroffen werden können.

Es ist eine Intention dieses Schulversuchs, Erkenntnisse über Unterschiede in Lern- und Schulerfolg von Schülerinnen und Schülern in gymnasialen Bildungsgängen zu gewinnen, und es ist hochinteressant, diese Erkenntnisse zu gewinnen.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ein Jahr länger?)

Meine Damen und Herren, eines muss ich wirklich ganz entschieden zurückweisen: Schulen, die sich aus guten Gründen für die Einführung des neuen

neunjährigen Bildungsgangs entschieden haben, sind keineswegs Gymnasien zweiter Klasse,

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

und sie fühlen sich schon jetzt durch solche Äußerungen diffamiert.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Sie machen sie dazu! – Gegenruf von Sigrid Beer [GRÜNE]: Absolute Unverschämtheit!)

Ich habe Sie in der letzten Fragestunde darum gebeten, so ehrlich zu sein und aufzuzeigen, wer nach 13 oder 14 Jahren das Abitur gemacht hat, wer also einmal sitzen geblieben ist. Herr Laschet war so freundlich, sich zu outen. Hat Herr Laschet, der ein Jahr länger brauchte, um die Abiturprüfung in Nordrhein-Westfalen zu bestehen, deshalb ein Abitur zweiter Klasse? – Ich finde, wir können nicht zulassen, dass Herr Laschet hier so diffamiert wird.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zurufe von der FDP: Oh!)

Diese Diffamierung betreiben Sie allerdings mit Ihrer Herangehensweise. Sie leiten aus dem Umstand, dass jemand länger oder kürzer gebraucht hat, um eine Lernleistung zu erbringen oder eine Prüfung zu bestehen, ab, dass es deswegen eine schlechtere Leistung oder Prüfung ist.

(Ralf Witzel [FDP]: Welche Schüler melden sich denn an diesen Schulen an? – Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Herr Wiedon, Sie haben gestern gesagt, Sie möchten das Sitzenbleiben vermeiden. Ich hoffe, Sie hatten einen schönen Geburtstagsabend. Vielleicht schauen Sie einmal in andere Bundesländer. In Niedersachsen regieren CDU und FDP. Es war zu lesen, dass in Niedersachsen 30 % des Jahrgangs im verkürzten Bildungsgang freiwillig sitzenbleiben, um ihre Ausgangslage für den Besuch der gymnasialen Oberstufe zu verbessern. Und Sie, Herr Ratajczak, sprechen von Wehwehchen. Ich finde, 30 % eines Schülerjahrgangs sind keine Wehwehchen. Wir wollen solche Zahlen in Nordrhein-Westfalen verhindern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sternberg?

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Aber gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Ministerin, bei uns sieht die Sache ja anders aus, und ich glaube, es wäre völlig falsch, von Klassen zu reden. Wir haben 617 Gymnasien. Insofern können diese 13 Schulen, die dies aus ganz unterschiedlichen Intentionen heraus machen wollen, keine Klasse bilden. Das ist schließlich eine ganz winzige Gruppe.

Meine Frage ist: Sie haben vorhin davon gesprochen, dass Lehrpläne entwickelt werden sollen; zumindest brauchen diese nicht gedruckt zu werden, wenn es nur 13 Schulen sind. Es soll eine Evaluation gemacht werden und eine wissenschaftliche Begleitung erfolgen. Wie viele Mittel haben Sie in etwa für diese 13 Schulen angesetzt?

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Die Schulen werden vom Haus begleitet und unterstützt. Wir werden einen Qualitätszirkel bilden, und dann können wir mit den Hausmitteln, die vorhanden sind, die Begleitmaterialien für die Schulen bereitstellen; das ist doch selbstverständlich.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Lehrer brauchen Sie dafür auch!)

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen – schließlich ereifern Sie sich so über die Zahl –, dass es 14 Gymnasien sind.

(Ralf Witzel [FDP]: Gerade haben Sie 13 gesagt!)

– Heute nicht! Wissen Sie, Herr Witzel, die Dinge ändern sich manchmal.

(Sören Link [SPD]: Nur der Witzel nicht!)

Das ist nicht statisch. Das Schulsystem in Nordrhein-Westfalen ist nicht statisch. Manchmal überlegen sich Menschen etwas, aber dann entscheiden sie sich doch anders. Ich kann Ihnen das genau erklären, wenn es Sie so sehr interessiert. Die Menschen reagieren auf unsere Angebote und nehmen sie an. Sie regen sich aber über die Zahl auf.

Zum Vergleich nenne ich Ihnen noch eine Zahl, verehrter Herr Sternberg: Sie haben in der letzten Legislaturperiode aus nackter Not einen Schulversuch namens „LUZI“ gestartet; das steht für „Leistungsbeurteilung ohne Ziffernzeugnisse“. Diesen Versuch mussten Sie machen. Denn ansonsten hätte eine prämierte Schule ihr Programm ändern müssen, weil das Programm sonst nicht in ihr Konzept gepasst hätte. Also haben sich an diesem Schulversuch vier von über 3.000 Grundschulen beteiligt. Das entsprach einer Beteiligungsquote, die weit unter dieser lag.

(Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU]: Das war auch ein Versuch!)

Es war aber trotzdem richtig, dass Sie diesen Schulen die Möglichkeit eingeräumt haben. Insofern

räumen wir jetzt 14 Schulen – sofern sie genehmigt werden – die Möglichkeit ein, etwas, was mit Blick auf die Weiterentwicklung unseres Schulsystems sinnvoll ist, auszuprobieren.

Meine Damen und Herren, vielleicht ergibt sich durch die wissenschaftliche Begleitung sogar, dass diese Gymnasien durch mehr Lernzeit, durch mehr individuelle Förderung, durch mehr Vertiefung Gymnasien erster Klasse mit Sternchen und nicht Gymnasien zweiter Klasse – in diesem Sinne diffamieren Sie sie – sind.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das wissen wir nicht. Wir wollen es aber im Rahmen des Modellversuchs herausfinden.

Mit Ihrer schon jetzt getroffenen Klassifizierung sind Sie es, die Unruhe an unseren Gymnasien stiften, und Sie wollen die Eltern verunsichern. Vor allen Dingen wollen Sie die Eltern verunsichern, die ihre Kinder jetzt an diesen Gymnasien anmelden wollen.

Durch Ihre unverantwortlichen Äußerungen erzeugen Sie, meine Damen und Herren von der FDP, ein völlig verzerrtes Bild derjenigen Gymnasien, die am Schulversuch teilnehmen wollen. Auf diese Weise verunglimpfen Sie die intensiven Beratungen und Entscheidungen der teilnahmebereiten Schulen; es sind im Übrigen auch Ersatzschulen dabei, die mitmachen wollen.

Schauen Sie eigentlich über den Tellerrand? – Ihre Parteikolleginnen und -kollegen in Schleswig-Holstein sehen das nämlich völlig anders. Der Landtag in Schleswig-Holstein wird in der kommenden Woche beschließen, den Gymnasien ab dem Schuljahr 2011/2012 genau die Wahlfreiheit auf Dauer einzuräumen, die ihnen hier verwehrt werden soll, wenn es nach CDU und FDP gehen würde.

Schulminister Ekkehard Klug sagt dazu Folgendes – ich zitiere einen Parteikollegen der FDP –: „Ich bin fest davon überzeugt, dass es richtig und wichtig ist, den Elternwillen ernst zu nehmen.“ – Weiter: „Das bedeutet für die Schulen ein Höchstmaß an Entscheidungsfreiraum.“

Übrigens, meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein hat das ebenfalls mit einem Schulversuch begonnen. Daran hatten sich zwei von 100 Gymnasien, die es in Schleswig-Holstein gibt, beteiligt. Das sind, sofern ich richtig gerechnet habe, 2 %.

(Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

Also, dort macht eine FDP etwas, was wir auch hier ermöglichen wollen. Dort haben Sie es im Übrigen in viel größerer Hast gemacht. Ich finde es interessant, wie sich die FDP hier in Nordrhein-Westfalen dazu aufstellt. So viel zum Thema „Glaubwürdigkeit“. So viel zum Thema „Konsistente Schulpolitik der FDP in Nordrhein-Westfalen“.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr über die große Bandbreite der Anträge aus den Schulen, die sich bei uns in NRW auf den Weg machen wollen. Die Vielfältigkeit der eingereichten pädagogischen Konzepte belegt in eindrucksvoller Weise, wie verantwortungsvoll unsere Gymnasien und auch unsere Schulträger mit ihren Schülerinnen und Schülern umgehen. Durch den Schulversuch wird diesen Schulen eine Möglichkeit geboten, unter Berücksichtigung der jeweils spezifischen Voraussetzungen vor Ort pädagogische Entscheidungen zu treffen: in Freiheit und in Verantwortung.

Unser Ziel ist das Gegenteil dessen, was der Antrag uns unterstellt. Wir wollen die Gymnasien als wichtige Säule in der nordrhein-westfälischen Bildungslandschaft stärken, und zwar sowohl im achtjährigen als auch im neuen, verkürzten neunjährigen oder kombinierten Bildungsgang. Wir wollen sie dabei unterstützen, mit der wachsenden Verschiedenheit ihrer Schülerinnen und Schüler besser umgehen zu können und ihr besser gerecht werden zu können. Auch das ist individuelle Förderung.

Angesichts dieses Antrags, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, kann ich Ihnen nur ans Herz legen, sich selbst ernsthaft die Frage von Johannes Rau zu stellen, die er im Vorwort der anfangs zitierten Denkschrift formuliert hat. Ich zitiere:

„Wir müssen uns immer wieder neu fragen, was wir dazu beitragen können, damit junge Menschen als mündige Staatsbürger verantwortungsbewusst unsere soziale Demokratie mitgestalten.“

Ihr Antrag jedenfalls stärkt die Demokratie nicht, sondern geht leichtfertig mit mutigen Schulen um. Deshalb begrüßt die Landesregierung es, wenn dieser Antrag keine Zustimmung findet.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch zwei Anmerkungen zu Ihrem Beitrag, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. Sie haben gesagt, ich hätte Verantwortung für die Schulen. Selbstverständlich habe ich Verantwortung für die Schulen. Ich habe aber noch mehr Verantwortung für die Schülerinnen und Schülern, die in diesen Schulen lernen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und im Übrigen bin ich eine gute Köchin.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Für die CDU-Fraktion hat nun Kollege Kaiser das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Löhrmann, ich würde das Essen, das Sie kochen, sogar essen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil die heutige Gemütslage bei mir ein friedvolle ist, will ich versuchen, die Wahlkampföne, die gar nicht so aktuell sein müssen, wegzulassen. Vielleicht können wir uns hier einfach mal ein paar Sachverhalte klarmachen.

Angesichts der Polemik, die im Wahlkampf gegen G8 gelaufen ist, muss man sich einmal einen Fakt, eine Zahl zu Gemüte führen, nämlich: Die Sitzbleiberquote – das betrifft Schülerinnen und Schüler unmittelbar – ist in den Jahren 2005 bis 2010

(Ralf Witzel [FDP]: Im G8-Gymnasium!)

im G8-Gymnasium halbiert worden. Nur noch 1,3 % der Schülerinnen und Schüler sind davon betroffen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sehr gut!)

Von daher bitte ich darum: Lassen Sie diese Überhöhung. Lassen Sie uns die Verunsicherung, die Sie, Frau Löhrmann, durch das Ausrufen dieses Schulversuches in alle Gymnasien getragen haben, beenden. Lassen Sie uns endlich anfangen, das zu tun, was richtig ist, nämlich G8 zu optimieren und die Gymnasien zu unterstützen, damit sie erfolgreich sind

(Beifall von der CDU und von der FDP)

und damit Stress, der bei Eltern aufkommt, und die Sorge, die bei Eltern berechtigt aufkommt, abgebaut wird.

Wir dürfen doch eines nicht vergessen – diesen Vorwurf will ich Ihnen nicht ersparen –: Wenn Sie im Wahlkampf landesweit Kampagnen gegen G8 unternehmen – was ich aus Wahlkampfgesichtspunkten ganz gut verstehe –, anschließend zu einer Rolle rückwärts aufrufen: „Zurück zu G9!“, und am Ende dieses Prozesses 13 von 630 Gymnasien sagen: „Wir wollen zurück“, dann ist das kein Erfolg, sondern ein Riesenflop.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das müssen wir ganz einfach mal feststellen.

(Sören Link [SPD]: Das hätten Sie vielleicht gern, Herr Kaiser! Für die 13 Gymnasien war das notwendig! So einfach ist das!)

– Sören! Herr Link, ich würde auch mit Ihnen ganz gerne einmal essen, aber nicht nach diesen Zwischenrufen. Wir müssen das jetzt erst einmal in Ruhe zu Ende bringen.

Das heißt, dieser Schulversuch ist mit einem Riesenbrimborium angekündigt worden, aber die Resonanz war verschwindend gering.

Frau Löhrmann, wir brauchen hier auch keine minutenlangen Ausführungen, wie wichtig Schulversuche sind. Sie haben uns immer auf Ihrer Seite, wenn es darum geht, Schulversuche zu unterstützen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Beer?

Klaus Kaiser (CDU): Nein, ich möchte jetzt erst einmal im Zusammenhang ausführen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie möchten keine Zwischenfrage zulassen. Gut.

Klaus Kaiser (CDU): Nur, Ihr Politikansatz, Strukturänderungen durch Schulversuche einzuleiten, ist sowohl bei der G8/G9-Frage als auch im Bereich der Gemeinschaftsschule gescheitert. Deshalb ist das nicht der richtige Weg.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn wir den Blick aber mal auf Nordrhein-Westfalen insgesamt richten, dann wird eines deutlich: Wir diskutieren bundesweit über vergleichbare Standards, über Einheitsabitur,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Einheitsabitur?)

über die berechtigte Sorge der Eltern, ob man noch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland umziehen kann, ob es vergleichbare Standards gibt. Das ist die Diskussion, die bundesweit läuft. Ich glaube auch, dass die Mehrheit der Bevölkerung dahintersteht. Wenn man dann aber in einen Provinzialismus hineinkommt, dann wird deutlich, dass wir nicht auf dem richtigen Weg sind.

Frau Löhrmann, ich biete ausdrücklich an: Wir sind immer ansprechbar, wenn es darum geht, G8 zu optimieren und alles dafür zu tun, die Zufriedenheit bei Lehrern, Eltern und Schülern herzustellen. Ich würde mir dann aber auch wünschen, dass Sie nicht nur sagen, Sie hätten für den Ganzttag noch nicht genug getan. Ich hätte von Ihnen gerne konkrete Zahlen, wie es mit dem Ganzttag am Gymnasium weitergehen soll. Da brauchen wir verlässliche Zahlen. Das sind Details, die für uns auch wichtig sind und die wir gerne hören möchten.

(Beifall von der FDP)

Wir haben eine Frage zu stellen, die ebenfalls mit dem Schulversuch verbunden ist. Wir alle wissen: Eine Versuchsschule ist immer eine Angebotsschule.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Wenn ich richtig informiert bin, gibt es zumindest zwei Orte, an denen diese Versuchsschule das einzige gymnasiale Angebot ist,

(Beifall von der CDU und von der FDP)

die zurück zum G9 gegangen sind. Das ist in Beverungen und Löhne der Fall. – Das heißt: Wie ist das vor Ort zu machen? Sind die Eltern ausreichend informiert worden, was das heißt, was es auch mit

Schulortwahl heißt, die es gibt? Das sind die Punkte.

Dazu kommt das, was uns das Oberverwaltungsgericht gesagt hat – Marc Ratajczak hat es angesprochen –. Ist das überhaupt ein Schulversuch, ist da die Erkenntnis entsprechend tief? Das heißt also, was Sie hier projizieren, ist doch sehr weit hergeholt. Ich weiß jetzt nicht, ob es Sicherheit an den betroffenen Schulen gibt.

Deshalb ist mir in dem Zusammenhang noch wichtig, eines darzustellen. Frau Hendricks hatte eben die Frage G8/G9 angesprochen. Damit wir da auch einmal mit Geschichtsklitterung aufhören – Fakt ist: Die Einführung von G8 ist von der damaligen rot-grünen Regierung beschlossen worden.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]: Aber nicht so, wie Sie es gemacht haben, Herr Kaiser!)

– Genau auf diese Zwischenrufe, Frau Beer, habe ich gewartet, weil Sie sagen: Wir hätten es ganz anders gemacht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Genau!)

– Genau. Deshalb müssen wir sagen: Die Umstellungsprobleme, die Fragen zu Ganztagsplätzen, die Frage, wie der Unterricht zu organisieren ist,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist genau so dargestellt!)

die Umstellungsprobleme insgesamt in den Unterrichtsabläufen wären genauso gekommen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das ist doch Quatsch! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Von daher ist es ein großer Mythos zu sagen: Unter uns wäre G8 paradiesisch eingeführt worden und unter der bösen schwarz-gelben Regierung falsch.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das ist eben der große Irrtum. Die Umstellungsprobleme bei einer so weitreichenden Reform treten bei jedem System auf. Deshalb biete ich an: Lasst uns das vergessen und seid ganz sicher, es hätte die gleichen ...

(Minister Ralf Jäger: Weil Sie Mist gebaut haben!)

– Herr Jäger, Sie sind doch hier Minister und nicht mehr Zwischenrufer.

(Minister Ralf Jäger: Und Abgeordneter! – Beifall von der SPD und von der FDP – Zuruf von der SPD)

– Das ist wohl wahr, aber ich bin ja, wie gesagt, Parlamentarier.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, lassen Sie denn jetzt eine Zwischenfrage zu?

Klaus Kaiser (CDU): Ja, lasse ich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt lassen Sie eine Zwischenfrage zu. Frau Kollegin Schneckenburger hat sich gemeldet. Bitte schön, Frau Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kaiser, Sie haben vorhin das Thema „Provinzialismus“ angesprochen.

(Klaus Kaiser [CDU]: Ja!)

Wie bewerten Sie denn die Tatsache, dass ein Umzug von Schülerinnen und Schülern aus Baden-Württemberg nach Nordrhein-Westfalen von baden-württembergischen Eltern als problematisch empfunden wird, weil die Schulzeitverkürzung in Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu den anderen Bundesländern in der Sekundarstufe I stattgefunden hat?

(Ralf Witzel [FDP]: Stimmt ja nicht!)

Klaus Kaiser (CDU): Die Frage der Übertragbarkeit beim Umzug in andere Bundesländer ist ein Thema, das insgesamt angegangen werden muss. Den konkreten Einzelfall kann ich jetzt nicht benennen. Ich glaube, dass da vielfältige Probleme auftreten können. Von daher ist das ein Thema, das insgesamt angegangen werden muss. Dazu passt das dann.

Abschließend noch zu G8/G9: Die Umstellungsprobleme, die sehr weitreichend sind, hätten immer große Anpassungsprobleme, auch große Unsicherheit zur Folge gehabt. Deshalb ist eins wichtig, was wir für Schule formulieren: Wir müssen Schulen Planungssicherheit geben. Das wird durch diese Politik der Schulversuche, die Sie machen, nicht unterstützt. Durch die Qualitätsdiskussion, durch die Einführung von Qualitätsmaßnahmen, die Sie auch nicht auflösen, wissen wir, dass Schulen viel zugemutet worden ist. Deshalb ist jetzt eigentlich ein Zeitpunkt, um zu sagen: Wir müssen Schule von zusätzlichen Aufgaben und zusätzlichen Belastungen befreien.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sie machen das Gegenteil. Es ist richtig, wenn man sagt – das noch abschließend zu G8 –: Als Sie damals G8 beschlossen und wir 2005 die Regierung übernommen hatten, haben wir in leere Schubladen geschaut, weil nichts vorbereitet war. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Link.

Sören Link (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kaiser, Frau Pieper-von Heiden und wahrscheinlich gleich Herr Witzel, an den Reden, die wir hören durften und gleich hören müssen, konnte man und wird man gut erkennen, wie die unterschiedlichen Vorstellungen von Schulpolitik – leider – immer noch, zumindest öffentlich, vorgetragen werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja!)

Ich weiß, dass das hinter den Kulissen nicht so gesehen wird, wie Sie es heute dargestellt haben. Aber ich will trotzdem auf das eingehen, was Sie gesagt haben, weil es mich schon ein Stück weit ärgert.

Herr Kaiser, wir können gern gemeinsam sofort die Geschichtsklitterung einstellen, aber dann machen wir es auch ehrlich. Wir haben G8 gewollt. Ja, wir wollten Schulzeitverkürzung, aber völlig anders. Diese Zwangsschulzeitverkürzung, dieses G8, wie Sie es eingeführt haben, war vor 2005 in keiner Schublade im MSW zu finden, weil wir das nicht wollten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Sigrid Beer [GRÜNE]: Ja genau! So ist das!)

Wir wollten ein völlig anderes Modell. Wir wollten dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler das Abitur nach zwölf Jahren machen können, aber nicht machen müssen, und wir wollten die Verkürzung in der Oberstufe und nicht in der Sekundarstufe I machen.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wir hätten auch in der Zeit bis zur Oberstufe dafür gesorgt, dass es ein vernünftiges Ganztagskonzept gegeben hätte, und wir hätten für vernünftige Lehrpläne gesorgt.

Ich kann Ihnen sagen: Das, was Sie 2005 bis 2010 mit G8 eingeführt haben, hat doch nicht umsonst zu den Protesten geführt, die Sie durchlitten haben. Das hat mit Sicherheit dazu geführt, dass das Wahlergebnis so war, wie es war. Das ist doch Ihr Werk und Ihre Verantwortung. Ich lasse nicht zu, dass Sie das jetzt einfach auf die nächste Regierung überwälzen und uns quasi den Scherbenhaufen vor die Tür legen. G8, das Turboabitur, ist Ihr Kind, und der Protest, der sich dagegen richtet, ist Ihr Protest.

(Zuruf von Daniela Schneckenburger [GRÜNE])

Was wir gemacht haben, sind zwei Dinge. Auch da zeigt sich der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Wir haben erstens einen Schulversuch G8/G9 gemacht. Daran haben sich 13 oder, wie ich jetzt höre, 14 Schulen beteiligt. Okay, zu der Anzahl sage ich

gleich etwas. Wir haben zweitens gesagt, dass wir allen Schulen, die erwartungsgemäß nicht an diesem Projekt teilnehmen wollen, warum auch immer – übrigens nicht, weil sie G8 gut finden –, helfen werden. Es ist nicht so, dass die alle mit G8-Freudenfahnen durch die Gegend rennen, sondern die haben ganz spezielle Gründe, warum sie gesagt haben, dass sie das nicht wollen. Denen helfen wir.

Frau Ministerin hat sehr deutlich dargestellt, was sie tun wird, was sie schon jetzt tut, und sie hat das mit den Leuten aus der Praxis auch erarbeitet. Das kommt den Schulen zugute, die in G8 sind. Da ist eine Menge Unterstützungsarbeit notwendig, Unterstützungsarbeit, die Sie jedenfalls die ganzen Jahre nicht gemacht haben.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Es ist doch nicht so, dass Sie fünf Jahre lang die Schulen unterstützt hätten. Fragen Sie doch mal an den Gymnasien nach, die durch Ihr G8 jahrelang belastet worden sind. Fragen Sie mal die Lehrer, fragen Sie die Eltern, fragen Sie die Schüler! Die werden Ihnen dazu etwas sagen. Es ist nämlich so, dass Sie die Schulen im Stich gelassen haben.

Wenn Sie es nicht auf G8 beschränken wollen, dann schauen Sie sich einmal die Qualitätsanalyse an. Sie haben jahrelang dafür gesorgt, dass viel zu wenig Personal vorhanden ist. Dann haben Sie einen unendlich großen Datenbogen erheben lassen, haben die Schulen damit konfrontiert, dass es diesen Riesendatenbogen jetzt gibt. Daraufhin gab es Erkenntnisse. Und was gab es dann? Nichts. Die Schulen haben von Ihnen keinerlei Unterstützung erfahren.

(Klaus Kaiser [CDU]: Das ist doch nicht wahr! Das weißt du auch!)

– Klaus, ich bitte dich. – Also, die Schulen haben bekanntlich, nachdem sie die Ergebnisse der Qualitätsanalyse kannten, von der Landesregierung keinerlei systemische Unterstützung bekommen. Wenn die Qualitätsanalyse eindeutig besagt, dass 70 % der Gymnasien Defizite bei der individuellen Förderung haben, ist das doch eine erschreckend hohe Zahl. Dann nicht zu sagen, dass man systemisch herangehen muss, ist schon ein starkes Stück. Das haben Sie zu verantworten.

Zu den Zahlen, die Sie mit Genuss vorgetragen haben. In der letzten Plenarrunde, in der es um ein anders Thema ging, habe ich das Gleiche schon gesagt: Ob es 13, zwei oder 30 sind, ist mir persönlich gar nicht so wichtig. Entscheidend ist, dass das für die Schulen vor Ort wichtig ist. Ob es zwei, fünf oder 20 Kommunen gibt, die irgendwann einmal Grundschul- oder Schuleinzugsbezirke festlegen, ist mir persönlich gar nicht so wichtig. Entscheidend ist, dass das für die Kommunen vor Ort wichtig ist.

Darin unterscheiden wir uns sehr deutlich. Das muss man auch so deutlich trennen: Wir glauben

daran, dass die Menschen, die Schulen, die Kommunen vor Ort sehr genau wissen, was für sie richtig, gut und notwendig ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie glauben das eben nicht. Das ist legitim. Zumindest haben Sie das öffentlich heute und auch in der Vergangenheit so dargestellt. Ich weiß auch, dass das hinter den Kulissen offensichtlich ein bisschen anders gesehen wird.

Abschließend möchte ich an die Kollegen der CDU-Fraktion die Bitte richten, sich zu entscheiden, wohin die Reise denn gehen soll: in Richtung Vergangenheit oder in Richtung Zukunft?

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Wenn das, was der Parteivorstand beschlossen hat, Gültigkeit bekommen sollte – das muss ja erst noch von der Partei beschlossen werden –, wäre das für mich ein Trippelschritt in die Zukunft. Ein paar Punkte würde ich als Sozialdemokrat natürlich völlig anders machen. Aber ich erkenne an, dass es Bewegung gibt.

Wenn das der Weg ist, würde ich mir sehr wünschen, das, was hier im Landtag teilweise gesagt wird, dringend zu ändern. Denn es kann doch nicht richtig sein, dass auf der einen Seite gefordert wird, dass wir dringend mehr Geld in die Förderung und in die Schulen stecken müssen.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Frau Ministerin hat gestern gesagt, wie teuer es wahrscheinlich würde, wenn Gesetz würde, was Sie beschlossen haben: weit über 20.000 Stellen. – Dann kann es aber nicht sein, dass Sie auf der anderen Seite einen Antrag einbringen, dass sämtliche demografische Gewinne in die Haushaltskonsolidierung fließen müssen. Das passt nicht zusammen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Um der politischen Ehrlichkeit willen, Herr Kaiser, Herr Sternberg, bitte ich Sie dringend: Führen Sie das in irgendeine Richtung zusammen. Entscheiden Sie sich in der Partei – das ist Ihr gutes Recht –, und führen Sie das zusammen. Machen Sie dann auch Anträge, die zum Parteiprogramm der CDU passen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Link. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem es mit der Zwischenfrage nicht geklappt hat, Herr Kaiser,

muss ich natürlich antworten; es geht gar nicht anders.

Vor allen Dingen will ich noch einmal klarstellen, dass wir keine Kampagnen quer im Land

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Doch!)

zum Thema G8/G9 aufgelegt haben.

(Widerspruch von Ralf Witzel [FDP])

Es waren die Eltern, die auf die Barrikaden gegangen sind.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das ist in den Stadtschulpflegschaften thematisiert worden. Es ist heute noch ein Thema, das längst noch nicht zur Ruhe kommt, weil die Folgen durch die Zwangsschulzeitverkürzung, die Sie zu verantworten haben, als Zwangsjacke für die Schulen in der Sekundarstufe I eben immer noch nachwirken. Das ist genau der Punkt.

Ich will aufgreifen, was Kollege Link schon gesagt hat: Ein Hineinwachsen in den Bereich der Sekundarstufe I im Ganztage, das Heraufarbeiten mit Ergänzungsstunden mit der Zielrichtung einer Sekundarstufe II, in der die individuelle Lernzeitverkürzung hätte stattfinden sollen, ist doch etwas ganz anders als das, was Sie mit dem Murks hier fabriziert haben. In der Tat gab es für diesen Murks keine Konzepte in einem Ministerium. Das war so nicht vorbereitet. Das haben Sie ganz allein zu verantworten. Das kann man leider nicht einfach so wegschieben.

Aber, Herr Kaiser, eigentlich wollte ich Sie in meiner Zwischenfrage loben für das Papier, das Sie vor Kurzem verabschiedet haben, weil darin ein Punkt aufgegriffen wird, der auch in dem FDP-Antrag vorkommt, nämlich die Frage – Kollegin Schneckenburger hat es gerade angesprochen –: Wie ist das denn mit dem Umziehen?

Sie haben auch bei den Entwürfen, die Sie uns jetzt so langsam vorlegen, zu Recht gesagt, dass es erstens wichtig ist, dass wir Standards haben, nach denen die Schulen arbeiten – das ist der Referenzrahmen –, und zweitens, dass jede Schule gefordert ist, ein Übergangmanagement von einer zur anderen Schule zu begleiten. Genau das ist der Punkt. Das machen wir in Nordrhein-Westfalen so. Deswegen gibt es keine Verwerfungen dabei, von der Gemeinschaftsschule, der Gesamtschule oder dem neunjährigen Gymnasium irgendwohin umzuziehen.

Sie haben noch eine andere Frage angesprochen. Jedes Gymnasium, auch G9, bietet natürlich die Möglichkeit der individuellen Schulzeitverkürzung. Das ist doch überhaupt kein Problem. Deswegen ist es auch kein Problem, wenn das eine Gymnasium in einer Gemeinde G9 anbietet. Man kann die Schulzeit immer individuell verkürzen. Das ist also ein umfassendes Angebot, das von Ihnen überhaupt nicht zu diskreditieren ist.

Ich frage mich, Herr Kaiser und Herr Sternberg: Wollen Sie dem Antrag wirklich zustimmen und den Schulen, die sich auf den Weg machen und sagen „Das ist unser Konzept, das würden wir jetzt gerne tun“, damit die Luft nehmen? Ich kann mir das eigentlich gar nicht vorstellen, weil Sie es ja mit betrieben haben, das Thema der selbstständigen, autonomen, eigenverantwortlichen Schule weiterzuführen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beer. – Als Nächster spricht für die FDP-Fraktion Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann sich schon wundern, wie selbstbewusst unsere Schulministerin hier auftritt

(Beifall von der FDP und von den GRÜNEN – Sigrud Beer [GRÜNE]: Mit Recht tritt sie selbstbewusst auf!)

angesichts der Situation, die sie bei ihren sogenannten Schulversuchen aktuell verkaufen muss.

Frau Löhrmann, selbstverständlich gibt es individuelle Parameter der Schulzeit. Es gibt gute Gründe, dass in dem einen oder anderen Fall der Vertrag an der Schule um ein Jahr verlängert wird und in dem einen oder anderen Fall umgekehrt auch einmal eine Klasse übersprungen und die Schulzeit kürzer wird.

(Beifall von der FDP)

Es geht in diesem Hohen Hause aber doch um die politische Bewertung Ihrer – mit Verlaub – sogenannten Schulversuche. Sie haben momentan zwei Schulversuche, die Sie ins Schaufenster stellen. Bei dem einen, der sogenannten Gemeinschaftsschule, der uns noch an anderer Stelle beschäftigen wird, haben Sie und nicht wir das Ziel ausgegeben, dass das jede dritte Schule in dieser Legislaturperiode werden soll. Das wären dann schon über 700. An dieser Stelle haben Sie jetzt einen Modellversuch auf den Weg gebracht. Dafür melden sich 19. Das sind weniger als 1 %.

Bei Ihrem zweiten Schulversuch, bei dem es um das G9-Abitur geht, ist diese Zahl in der Tat höher. Da beträgt sie nicht 1 %, sondern immerhin 2 %. Dort haben sich also nur 98 % dagegen entschieden.

Sie selber teilen der Presse mit, dass 13 Gymnasien von 630 sich beteiligen. Es muss doch das Ziel sein, bei einem Schulversuch auch eine Qualitätsauswahl zu treffen und nicht automatisch jeden zu nehmen, der „Hier!“ ruft,

(Beifall von der FDP)

sondern sich im Wettbewerb von Konzepten die besten auszusuchen, um dann auch zu beobachten, wie sich Dinge unterschiedlich entwickeln. Frau Löhrmann, diese 13 sind keine genehmigten 13, sondern Bewerbungen und Interessensbekundungen der Schulen. Sie wissen, dass bei den 13, die Sie der Presse gegenüber genannt haben, nicht in allen Fällen die rechtlichen Voraussetzungen zur Teilnahme an diesem Schulversuch überhaupt gegeben sind.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Es würde mich schon interessieren – da nehme ich Ihre Einladung sehr gerne an –, hier noch einmal dargelegt zu bekommen, warum es jetzt 14 sind, obwohl Sie der Presse erklärt hatten: Es gab einen Stichtag, nach dem wir Bilanz ziehen; bis zu diesem Stichtag haben sich landesweit 13 gemeldet. – Lag noch ein Vorgang bei Ihnen in der Schublade, den Sie erst vorgestern gefunden haben? Oder ist da falsch gezählt worden?

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Nein!)

Das hätte ich in der Tat gerne dargelegt.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Jetzt stehen Sie vor einer ganz wichtigen Entscheidung, Frau Löhrmann. Sie müssen nämlich bei beiden Schulversuchen bewerten, ob Sie 100 % der Schulen, die sich dafür beworben haben, aufnehmen –

(Ministerin Sylvia Löhrmann: 50 nehme ich!)

auch dann, wenn die von Ihnen diesem Parlament gegenüber immer wieder kommunizierten Kriterien zur Teilnahme überhaupt nicht erfüllt sind, um wenigstens einige Fallzahlen zu bekommen, damit es wenigstens 1 % statt 0,5 % oder 2 % statt 1 % sind. Nehmen Sie dann wirklich jeden – auch die, die gegen Ihre Kriterien verstoßen? Biegen und dehnen Sie an dieser Stelle Recht und Gesetz?

(Britta Altenkamp [SPD]: Herr Witzel, sagen Sie doch, was Sie meinen!)

Oder sagen Sie: „Nein, unsere Kriterien waren ernst gemeint. Es wird fachlich geprüft. Wenn die Voraussetzungen, die wir ausgeschrieben haben, nicht vorliegen, wird auch mal etwas nicht genehmigt und nicht jeder automatisch genommen“?

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Warum uns die verflixte, schicksalhafte Zahl der uns nach Ihrer Pressemeldung bislang bekannten 13 Schulen leidtut, ist doch klar. Weil sich so wenige Schulen gemeldet haben, können Kinder, deren Eltern den Wohnort wechseln – anders als wenn es wenigstens im Gebiet jedes Kreises und jeder kreisfreien Stadt einen solchen Ankerpunkt gäbe –, diesen Bildungsgang an ihrem neuen Wohnort nicht fortsetzen. Sie teilen in Landtagsdrucksachen mit, dass diese Schüler dann ja zur Gesamtschule ab-

geschult werden könnten, weil es dort auch den neunjährigen Bildungsgang gebe.

(Britta Altenkamp [SPD]: Zur Gesamtschule!? Das ist ja das Allerschlimmste! – Weitere Zurufe von der SPD)

Da sage ich: Das ist nicht das Ziel der Eltern, die ihre Kinder am G9-Gymnasium anmelden.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Sie Ihre Ankündigung ernst meinen, dass jede dritte Schule in dieser Legislaturperiode sogenannte Gemeinschaftsschule werden soll, sind diese Gymnasien die ersten Schließungskandidaten, weil Sie sie vom Aufbau des Bildungsgangs her am leichtesten mit den anderen Schulformen zusammenführen können. Das muss auch jede dieser Schulen wissen, die das vor Ort für sich entscheidet.

Die kommunalen Schulträger müssen ebenfalls Bescheid wissen. Für sie wird das nämlich eine teure Veranstaltung; denn sie bezahlen für jeden Jahrgang entsprechend ein Jahr Unterricht mehr. Herr Körfges redet hier immer gerne vom Konnexitätsprinzip und erklärt, wie gut Sie von Rot-Grün die Kommunen behandeln wollen. Nichts bekommen sie! Das haben Sie in der letzten Plenarsitzung bestätigt. Es gibt keinerlei zusätzliche Ressourcen für die kommunalen Mehrkosten, die für Lernmittel sowie die Mehrnutzung von Gebäuden und Liegenschaften entstehen. Zu einer ehrlichen Debatte gehört das alles mit dazu.

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung, weil hier viel über Freiheit, schulische Verantwortung und G8 gesprochen wurde.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Was haben Sie denn bei G8 für die Kommunen dazugetan?)

– Frau Beer, das sage ich Ihnen. Wenn man eine so große Systemreform durchführt, wie wir das 2006 mit dem Schulgesetz und auch mit G8 gemacht haben, gibt es selbstverständlich Optimierungsbedarf. Politik lebt auch davon, dass man sachgerecht bewertet und eventuelle Verbesserungsvorschläge entsprechend einarbeitet.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

In allen Bundesländern, die diese Umstellung vollzogen haben, ist das so gewesen. Das ist völlig klar. Uns geht es aber sehr wohl darum, dass wir einen einheitlichen Orientierungsrahmen haben. Es gibt auch einen Unterschied zwischen Freiheit und Belieblichkeit, Frau Beer.

(Beifall von der FDP)

Wir brauchen ein Grundgerüst für die Schulen – im Interesse der Bildungsqualität.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Nein, Frau Beer, Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Das sind zwei Seiten einer Medaille.

Im Übrigen warte ich auf Ihren nächsten Schulversuch. Vielleicht schlagen Sie dann hier HS7 oder RS8 vor – für diejenigen, die möglicherweise ihren Schulabschluss machen, wenn sie noch ein oder zwei Jahre länger an Haupt- oder Realschule bleiben. Das werden Sie uns wahrscheinlich auch noch präsentieren.

Wir gehen diesen neuen Weg bei Ihrem sogenannten Schulversuch G9 jedenfalls nicht mit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion Die Linke hat nun Frau Kollegin Böth das Wort.

Gunhild Böth (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Witzel, ich bin ehrlich entsetzt. Sitzenbleiben ist keine Vertragsverlängerung an Schulen. Sitzenbleiben ist demütigend für Schülerinnen und Schüler. Es kostet einen Haufen Geld, und dieses Geld ist verschwendet.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Es kostet 4.500 € pro Schüler und Jahr. Und die Schulforschung hat erwiesen, dass das Sitzenbleiben überhaupt keinen einzigen Gewinn bringt, weil die Betroffenen überhaupt nicht besser werden. Dazu gibt es ganz viele Veröffentlichungen. Ich kann Ihnen gerne eine Literaturliste herüberreichen.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, aber Herr Witzel hat gerade darüber geredet.

(Klaus Kaiser [CDU]: Wir haben die Zahl der Sitzenbleiber doch halbiert!)

– Herr Kaiser, Sie haben zu Recht dargestellt, dass die Sitzenbleiberquote in Ihrer Regierungszeit zurückgegangen ist. Ich frage mich nur, warum.

Weil Sie die individuelle Förderung ins Schulgesetz geschrieben und damit angeordnet haben, haben wir in der Schule – ich rechnete mich bis zum letzten Mai immer noch zu Lehrerinnen und Lehrern – das nicht gemacht. Vielmehr haben wir es gemacht, weil wir uns als Lehrerinnen und Lehrer weiterbilden, weil wir pädagogische Fachliteratur lesen und weil wir ganz viele von diesen Dingen auch umsetzen.

Deshalb ist zum Beispiel auch das von Ihnen angestoßene Projekt „Komm mit!“ – es war gut – auch angenommen worden. Ob das wirklich ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Beer?

Gunhild Böth (LINKE): Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das habe ich mir gedacht. – Bitte schön, Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Frau Kollegin. – Da wir gerade beim Thema „Sitzenbleiben“ sind, möchte ich auf eine Frage zurückkommen, die ich eigentlich Herrn Kaiser eben schon stellen wollte. So sinnvoll das Projekt „Komm mit!“ gewesen ist: Kann es sein, dass ein erheblicher Teil der Quote des Weniger-Sitzenbleibens an Gymnasien dem Phänomen geschuldet war, das ich gerade beschrieben habe, nämlich dem Übergang von G8 zu G9, bei dem man im Prinzip gar nicht sitzenlassen konnte, weil man den Schülerinnen und Schülern sonst zugemutet hätte, zwei Klassen zurückzugehen?

Gunhild Böth (LINKE): Genau deshalb haben die Lehrerinnen und Lehrer niemanden mehr sitzen gelassen, weil nämlich aus dem Ministerium ein Erlass gekommen war: Wenn wir das gemacht hätten, hätten wir in 19 Punkten belegen müssen, wieso dieser Schüler oder diese Schülerin sitzen geblieben ist. Die Lehrerinnen und Lehrer haben natürlich nicht nur versucht, das zu vermeiden – das will ich auch einmal sagen –, sondern sie hatten eigentlich auch die Aufforderung des Ministeriums, niemanden mehr sitzen zu lassen. Also haben wir das auch nicht getan.

Damit hat sich der größte Feldversuch in der Geschichte des Gymnasiums – dass Gymnasium ohne Sitzenbleiben geht – als richtig erwiesen. Deshalb, finde ich, sollten wir aus dem Parlament heraus demnächst „Sitzenbleiben“ abschaffen. Das ist die Lehre, die man daraus ziehen sollte.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Kaiser?

Gunhild Böth (LINKE): Aber sicher doch.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Kollegin Böth, nach der Frage von Frau Beer habe ich folgenden Eindruck gewonnen. Würden Sie mir zustimmen, dass die Frage des Systemwechsels zwischen G8 und G9

in erster Linie und ausschließlich eine Klasse betrifft, während sich die Sitzenbleiberquote im Sekundarbereich I auf sechs Klassen und am Gymnasium auf insgesamt neun Klassen bezieht? Von daher kann die Halbierung der Sitzenbleiberquote nicht bei einer Klasse provoziert werden, sondern bezieht sich auf das Gesamtverhalten und das Durchsetzen individueller Förderung. Stimmen Sie dem zu? Und sind Sie mit mir der Meinung, dass Frau Beer mit ihrer Frage nur einen Teilaspekt angesprochen hat?

Gunhild Böth (LINKE): Herr Kaiser, Sie haben völlig Recht, Frau Beer hat einen Teilaspekt angesprochen, nämlich den Übergang von G8 zu G9. Dort hat es meines Wissens so gut wie überhaupt keine Sitzenbleiber mehr gegeben. Das meinte ich mit „Feldversuch“.

Zu dem anderen Teil Ihrer Frage hatte ich vorhin schon etwas gesagt. Wenn Sie mir zugehört hätten, kennten Sie die Antwort.

Jetzt möchte ich aber noch einmal zu dem nach wie vor größten Problem kommen, Herr Kaiser. Das haben Sie mit allem, was Sie hier gesagt haben, nicht gelöst. Das größte Problem im Zusammenhang mit G8 sind nach wie vor die Hausaufgaben. Die Praxis der Hausaufgaben und dass es überhaupt noch welche gibt, widerspricht dem Erlass, den es gibt. Denn nach dem Erlass dürfen Schülerinnen und Schüler keine Hausaufgaben an den Tagen machen, an denen sie nachmittags in der Schule sind.

Das G8 verdichtet die Schulzeit so, dass sie eigentlich nur von Freitag auf Montag Hausaufgaben machen dürften. Angesichts dessen muss man sich überlegen, ob das nach 36 Unterrichtsstunden in der Woche wirklich auch noch am Wochenende sein muss. Darüber kann man ja reden, wenn Sie der Auffassung sind, dass das sein muss. Für meine Begriffe gehören auch die Hausaufgaben abgeschafft. Sie werden sehen: Zu all dem werden wir noch Anträge stellen.

(Beifall von der LINKEN – Ralf Witzel [FDP]: Hilfe!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Böth. – Als nächste Rednerin kommt Ministerin Löhrmann zum Pult.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Es sind ja einige Fragen gestellt worden, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die ich zumindest in wichtigen Punkten gerne beantworten will:

Herr Witzel, bei Ihnen ist mir aufgefallen: Immer wenn es um die Gesamtschule geht, kippt Ihre Stimme, bricht der Angstschweiß durch. Ich will

von dieser Stelle aus deshalb noch einmal ausdrücklich sagen: Von der Landesregierung und von Landesseite aus wird keine Schule geschlossen.

(Beifall von der SPD)

Es wird keine Hauptschule geschlossen. Es wird keine Realschule geschlossen, kein Gymnasium und auch keine Gesamtschule, auch kein Berufskolleg, weil es in unserem Land so ist, dass die örtlichen Schulträger, die Städte und Gemeinden, über das örtliche Schulangebot entscheiden.

(Beifall von der SPD)

Das finden wir richtig, und das soll auch so bleiben. Wir geben den Gemeinden nur mehr Freiheit und mehr Verantwortung.

Ich möchte noch einmal deutlich machen: Es gab keine Vorgabe zur Teilnahme an diesem Schulversuch, sondern dieser Schulversuch ist freiwillig. Das ist Wesen eines Schulversuchs. Darum gab es auch keine Quote, sondern ich bin gefragt worden, bis zu welcher Anzahl von Schulen ich genehmigen kann. Daraus hat sich für die Gymnasien die Zahl 60 ergeben, und bezogen auf den Schulversuch „Gemeinschaftsschule“ habe ich die Zahl 50 genannt. Nur daher rühren diese Zahlen. Das waren keine Vorgabquoten, dass es soundso viele Schulen sein müssen, damit der Schulversuch erfolgreich wird, sondern es geht um die Schulen und ihre Entscheidungen.

Die FDP scheint aber ein Prozent-Problem zu haben. Das verstehe ich angesichts ihrer Umfragewerte. Das kann ich bei dieser Gelegenheit vielleicht auch noch sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen dann erläutern, warum es zunächst 13 Schulen waren, jetzt aber 14: Es hatte sich eine Schule beworben, die falsch beraten worden war. Sie hat ihre Bewerbung zurückgezogen, mich aber gleichwohl angeschrieben. Diesen Brief habe ich nach meinem Urlaub vorgefunden. Dann ist die Schule richtig beraten und ihr die Möglichkeit eröffnet worden, ihre Bewerbung, die sie fristgerecht eingereicht hatte, aufrechtzuerhalten.

(Ralf Witzel [FDP]: Taschenspielertrick im Nebel!)

– Der Schulträger hatte entschieden, Herr Witzel. Bleiben Sie ganz entspannt, es geht nicht um Essen. Sie brauchen sich gar nicht so aufzuregen. – Das haben wir als korrekt bewertet. Das ist auch geklärt. Insofern wollen jetzt 14 Schulen teilnehmen.

Herr Kaiser, ich nehme die CDU ernst und lade Sie vielleicht auch einmal ein, wenn ich gekocht habe.

(Armin Laschet [CDU]: Ui!)

– Sie haben die Vorgeschichte nicht mitbekommen, Herr Laschet.

Herr Kaiser, Sie hatten mir geraten, mich mit Herrn Bos kurzzuschließen. Sie hatten versucht, Herrn Bos bei der Anlage dieses Konzepts gegen mich ins Feld zu führen. Herr Bos, mit dem ich mich beraten habe und den ich in die Optimierungsstrategie für die G8-Gymnasien und bezogen auf den Schulversuch einbezogen habe, hat gesagt, er finde diese Strategie genau richtig, das Hauptaugenmerk auf die Optimierung im Bereich G8 zu setzen, aber den Schulen, die das gerne wollen, durchaus G9 anzubieten.

Er hat bestätigt: Sie hätten gut daran getan, das Land nicht zwangsweise mit G8 zu überziehen, sondern den Schulen Möglichkeiten einzuräumen, zu entscheiden, ob sie das wirklich wollen und damit zu experimentieren, statt eine Schulstrukturveränderung am Gymnasium zwangsweise durchzuführen, unter der die Schulen heute noch leiden.

Ich fühle mich dabei also an der Seite von Herrn Bos und habe auch den Eindruck, dass die Schulen die Angebote, die wir ihnen machen, annehmen. Deswegen, Herr Witzel, lasse ich mein Selbstbewusstsein nicht durch Ihre Beiträge erschüttern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Kolleginnen und Kollegen, angesichts des hohen Lärmpegels nehme ich an, dass es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, obwohl die Landesregierung ihre Redezeit um 3 Minuten und 16 Sekunden überzogen hat. Insofern stünde theoretisch diese Zeit auch den Fraktionen zur Verfügung. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/1067**. Die Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Antrag zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD-, linke und grüne Fraktion. Gibt es Enthaltungen im Hohen Hause? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ferner haben wir abzustimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/1147**. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Linke, SPD und Grüne. Stimmt jemand dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit Mehrheit **angenommen**.

Wir kommen zu:

3 Die Landesregierung soll sich klar zum Fortbestand der Integrationsunternehmen bekennen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1070

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1134

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Frau Kollegin Birkhahn das Wort.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Astrid Birkhahn (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Meine Herren und Damen! Das Interessante am Parlamentsleben ist, dass man nach einer hitzigen Debatte über ein spannendes Thema zu einem weiteren spannenden Thema kommen kann, aber nicht so eine hitzige Debatte zu erwarten hat, weil ich, zumal zwei Papiere zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen, davon ausgehe, dass wir sehr viel konsensorientierter über diesen Punkt entscheiden werden.

Schwerbehinderte Menschen gehören zu den benachteiligten Personengruppen am Arbeitsmarkt. Für sie sind die Hürden beim Einstieg in eine Beschäftigung besonders hoch. Deshalb ist es ein Gebot der Solidarität, sich für diese Menschen auf dem Weg in Arbeit und Beruf besonders einzusetzen.

Das Landesprogramm „Integration unternehmen!“ wurde vom MAGS der CDU/FDP-Regierung mit dem Ziel aufgelegt, 1.000 zusätzliche Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in Integrationsunternehmen zu schaffen. 10 Millionen € wurden für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Als Partner haben sich an diesem Programm neben der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit auch beide Landschaftsverbände beteiligt. Sie haben eigene Fördermittel eingesetzt und durch ihre Integrationsämter die Unternehmen professionell beraten und begleitet.

Durch diese gemeinsamen Bemühungen konnte behinderten Menschen mit besonderer Benachteiligung, Männer und Frauen, die trotz des Ausschöpfens aller Fördermöglichkeiten bisher keinen Arbeitsplatz gefunden hatten, die Chance auf eine dauerhafte Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt eröffnet werden.

Meine Herren und Damen, die Bilanz des Programms ist durchweg positiv. Durch die Teilhabe am regulären Arbeitsleben hat sich bei den behinderten Männern und Frauen eine massive Selbstständigkeit und ein neues Selbstwertgefühl entwickelt.